

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Rosen & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Kersch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Wochenausgabe von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratpreis: die 7 gespaltene Normarszeile 20 Pf., darauf 40 Prozent Erzeugungsbeitrag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Preisrückzahlung 20 Pf.

Nr. 134.

Dresden, Sonnabend den 14. Juni 1919.

30. Jahrg.

Das Vertrauensvotum des Parteitag.

Parteitagsgalopp.

Aus Weimar wird uns berichtet: Was Weis schon am Donnerstag angekündigt hatte, sprach Weis am Freitag noch fester aus. Der Parteivorstand sah es als ein Vertrauensvotum an, wenn der Beschluß zustande käme, daß die Führung der Einigungsverhandlungen stat. dem Vorstand der Partei einem Ausschuss übertragen würde. Der Parteitag ist nun aber so zusammengesetzt, daß er nicht nur allen Konflikten mit den führenden Genossen in der Reichsregierung, sondern auch mit denen im Parteivorstand aus dem Wege geht; daher wird von der Einsetzung einer Einigungskommission Abstand genommen und dieses Abstimmungsresultat mit lautem Jubel bejubelt. Der Einigungsantrag Braum wird angenommen, desgleichen eine Verwahrung gegen den Belagerungsantrag. Den Antrag auf Ausschluß Noskes und derjenigen Genossen, die das Todesurteil gegen Weis bestätigten, erklärt der Vorsitzende Schulz als unzulässig, weil er sich nicht mit den Organisationsbestimmungen verträglich und ein Antrag, daß Noske zum Rücktritt veranlaßt werden soll, wird ebenfalls abgelehnt, wie die Verwahrung gegen die Vorzugsbefähigung der Streiktruppen. Nach einer weiteren Massenabschlachtung von Anträgen kann Heinrich Schulz über Jugend, Bildung und Presse sprechen, was König den Bericht der Organisationskommission geben. Bischoff Dischler streicht für den Grad vor den Augen der Delegierten, dann fällt das Wort der Sozialistin und schweidet 18 Weibern das Wort ab. Bei der Abstimmung durch den Saal und Summieren Anträgen, den Proporz auch für Vorstands- und Delegiertenwahl vorgunehmen, unter dem Tisch.

Den letzten Teil der Verhandlungen hatte Genosse Weis mit einer Bescheidenheit geleitet, die an Paul Singers weise Zeiten erinnert. Danach stieg er herab zur Rednertribüne und erstattete den Fraktionsbericht aus der verfassunggebenden Nationalversammlung. So sprach und so hat, daß er die Zuhörer zu stürmischen Beifallskundgebungen hinriß. Zumal, als er gegen die sozialdemokratischen Paraskarlisten in einer Reihe von Einzelstaaten (Brüchen in der Welt vorant) vom Leder zog und als er mit herben Ernst auf die nahe Gefahr des militärischen Rückzugs hinwies, ahnen sie nur noch eine Hoffnung da ist, der Friedensvertrag. Dieser Tag hat den Genossen Weis zu seinen vielen sonstigen Freunden neue Anhänger auf beiden Flügeln der Partei gewonnen. Man verspricht sich viel von seinem Eintritt in den Parteivorstand. Jedenfalls hat er mehr Sympathien als Scheidemann und Noske, die gleichfalls kandidieren. Man fürchtet nur, daß der bescheidene und in Schließen schier unentbehrliche Weis in Breslau wird bleiben wollen oder müssen, und das wäre sehr zu bedauern.

Vorbereitungen für den 16. Juni.

Die Vorbereitungen zum Generalstreik in Frankreich, der am Montag einsehen soll, nehmen ihren Fortgang. Die zweitägigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Parteileitung und der Gewerkschaftszentrale über die Führung des Streiks führten zur Annahme einer Tagesordnung, nach der unter voller Wahrung unantastbarer Selbständigkeit und Unabhängigkeit jeder der beiden Organisationen eine durch die Lage gebotene Parakollaboration von beiden Organisationen geführt werden soll. Nach Teilparitäten soll die Einigung unter der Bedingung erzielt worden sein, daß die Parteiführer sich verpflichteten, die Leitung und Kontrolle der Streikbewegung ausschließlich den Gewerkschaftsführern zu überlassen. Die sozialistische Parteikonferenz soll dafür nach Populäre besonders im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz der französischen, italienischen, englischen und belgischen Arbeiterorganisationen gemeinsam mit verschiedenen Vertretern der Länder der Internationale Kundgebungen veranstalten. Nach Weis soll Clemenceau durch die Delegation des Transportarbeiterverbandes über die Gründe und Ursachen der Bewegung und der Ausstände unterrichtet werden.

Über den gegenwärtigen Stand der Bewegung wird Maurice Courant in Amsterdam aus Paris berichtet, daß die Lage unbedeutend sei. Die Grubenarbeiter sind mit der Abstimmung in der Kammerung am Donnerstag, die ihnen den Achtstundentag bewilligte, unzufrieden, weil sie meinen, daß der angemessene Gegenwurf ihren Wünschen nicht voll und ganz gerecht wird. Inzwischen dieses Standes der Dinge hat der Nationalverband beschlossen, an der Kundgebung des interfranzösischen Kartells, das für den 16. Juni den Generalstreik proklamiert hat, teilzunehmen. An dem gleichen Tage die Arbeit niederzulegen, wenn ihrer Forderung hinsichtlich der Einführung des Achtstundentages nicht entsprochen wird.

Populäre glaubt, daß die französische Regierung einen Volksstreik vorbereite, wozu die Arbeiterbewegung zur Verfügung und verkappten Agenten und fordert sie zur Aktivität auf. Ein Transportagent erwähnt die Regierung,

endlich aus ihrer Untätigkeit zu erwachen und in Unterhandlungen mit der Confédération generale du travail einzutreten, um den drohenden Generalstreik zu vermeiden.

Tägliche Streikunruhen in Italien.

Rom, 13. Juni. Die allgemeine Unzufriedenheit in Italien, die zum Teil Lebensmittelmangel zugrunde liegt, hat zu weiteren Störungen geführt. In Genua mit das gesamte öffentliche Leben. Es kam zu Zusammenstößen, wobei es Tote und Verwundete gab. Besonders heftig Unruhen wurden aus Spezia, ernste Unruhen aus allen ligitischen Industriezentren gemeldet, die sich in Sympathieunterstützungen für die Sowjets äußern. Der Streik der Rederzucht hat sich über ganz Italien ausgebreitet. — Die Unruhen in La Valetta auf Malta sollen sich in erster Linie gegen die Herrschaft der Engländer richten. Bei Gelegenheit von Unruhen erlangen die Rufe: Nieder mit der englischen Herrschaft!

Italienische Ministerliste.

Rom, 13. Juni. Sämtliche italienischen Blätter sprechen von einer Ministerliste, die jetzt von niemand mehr bestritten wird. — Scelco berichtet aus Rom, daß nicht nur der Handelsminister Cusani, sondern auch der Kriegsminister Badoglio sein Portfeuille zur Verfügung gestellt habe. Auch der Seeresminister Stringheri soll Rücktrittsbildungen haben. Nach der Rückkehr Orlando's erwartet man weitere Dimissionen. — Nach dem Corriere della Sera hat Sonnino erklärt, sofort nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zurückzutreten.

Streik der Telegraphen- und Telephonbeamten in Amerika.

Amsterdam, 13. Juni. Nach einer Meldung des Postbureaus habe in Amerika der Streik der Telegraphen- und Telephonbeamten ausgedehnt. Über die Ausdehnung des Streiks läßt sich noch nichts sagen. Die amtlichen Stellen nehmen ihn vorläufig leicht. Die Ausständigen erklären, daß sie gesamt seien, den Verkehr im ganzen Lande aufrechtzuerhalten.

Vor der Ueberreichung der neuen Bedingungen.

Wenn die abgeänderten Friedensbedingungen der deutschen Friedensdelegation überreicht werden, steht noch immer nicht endgültig fest. In der Presse wird mitgeteilt, daß die Uebergabe am Sonnabend oder Montag erfolgen soll. Clemenceau soll bei den Verhandlungen im Biererrat durchgebrungen sein, so daß die Wünsche Deutschlands angeblich nur in sehr geringem Umfang erfüllt worden sind. Doch scheint es nicht ganz ohne Frage, daß die Ueberreichung der Bedingungen abgegangen zu sein. Wenigstens meldet das Blatt Clemenceaus Stimme folgende:

Verlaßtes, 13. Juni. Comme libre schreibt: Die Alliierten haben in ihrem Traktat nach Unparteilichkeit und Gerechtigkeit den Friedensentwurf vom 7. Mai demart abgeändert, daß er sich, soweit es möglich war, den deutschen Gegenwünschen nähert. Aber die Alliierten haben in ihren fundamentalen Grundfragen nicht nachgegeben. Der Vertrag der Wiederherstellung, den Deutschland zahlen muß, wird viel früher als am 1. Mai 1921 festgelegt sein. Deutschland erhält die Zulassung, daß der interalliierte Ausschuss sich keineswegs in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischt. Deutschland wird schrittweise in dem Maße, als es seinen Verpflichtungen nachkommt, zum Völkerverband zugelassen werden. Deutschland wird Vollmitgliedschaft in dem Völkerverband bewilligt, das jeder Völkerverband war. Außerdem werden ihm Zugeständnisse über die Gebietsstände gemacht werden, die von den Alliierten begehrt werden sollen. Eine Verwahrung gegen dieses Urteil wird es nicht geben. Wenn die Deutschen nach der einmütigen Preis, die ihnen zur Unterzeichnung der letzten ihnen gebotenen Bedingungen gestellt wird, sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, dann wird das Wort den Entente-Militären, Russen und der englischen Marine wieder erteilt werden.

Darüber, ob diese gemachten Zugeständnisse den Friedensvertrag für Deutschland annehmbar machen, wird man natürlich erst dann ein Urteil abgeben können, wenn sie im einzelnen bekannt werden. Mit allem großen Hoffnungen kann man nach dem vorliegenden Presseäußerungen der Antwort der Entente jedenfalls nicht entgegensehen.

Ein neues Dokument.

Paris, 13. Juni. Der Friedensvertrag wird vollständig neu geschrieben und gedruckt. Er enthält die Erläuterungen, die in der Antwort über die Gegenwünsche enthalten sind, wird also, während er in seinen Grundzügen unbedeutend bleibt, doch tatsächlich ein neues Dokument sein. Der Vertrag wird am Tage der Ueberreichung oder einen Tag später veröffentlicht werden.

Paris, 13. Juni. Clemenceau, Wilson, Lloyd George und Sonnino an Stelle Orlando's arbeiteten morgens und nachmittags die Antwort auf die deutschen Gegenwünsche aus. Sie überreichten dem Komitee für die Vertragsrevision, das aus Tardieu, Wilson, Kerr, Sanjusti und Samurj aus dem Komitee ist, am 13. Perichien bereits. Die Antwort der Entente dürfte am Sonntag, oder Montag früh überreicht werden. Die Deutschen erhalten acht Tage Zeit zu ihrer Antwort.

Die polnischen Absichten.

Berlin, 13. Juni. Laut Kreuztg. waren bei den am 11. Juni im besetzten Gebiete von Polen stattgehabten Wahlen zum Warschauer Landtag 43 Abgeordnete zu wählen. Auf Grund eines Writte Mai abgeschlossenen Wahlkompromisses wurden 17 Mitglieder des zur Linken stehenden nationalen Arbeiterbundes gewählt und 25 Vertreter eines Blocks der bürgerlich-demokratischen Parteien. Die Wahlen fanden unter dem Druck eines unerhörten Terrorismus statt, der sich insbesondere gegen die Sozialdemokratie richtete, die man wiederholt an der Abhaltung von Wählerversammlungen hinderte. Die Sozialdemokraten haben kein Mandat erhalten, obwohl ihr Führer Morawski selbst in Polen war.

Die polnischen Angriffe gegen Polen nehmen einen immer stärkeren Umfang an. Durch politische Sprengungen von Eisenbahnbrücken sollen die deutschen militärischen Maßnahmen zum Scheitern gebracht werden. Die Absicht, sich Ober-Schlesien mit Gewalt zu bemächtigen, tritt demnach zutage, und alle Mittel werden dabei von den Polen als Recht empfunden. Polnische Agenten arbeiten in allen Teilen des gefährdeten Gebietes, um die Bevölkerung für die polnischen Interessen zu gewinnen. Dem Zwecke der Vorbereitung Ober-Schlesiens auf Deutschland dienen auch die Galle-Luppen, die in den Kämpfen gegen deutsche Truppen Verwendung finden.

Ueber das polnische Gebiet wurde vom Nationalrat in Polen der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Berlin, 13. Juni. Das ostpreussische Zentrum nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, alles aufzubieten, daß die über Westpreußen führenden Brücke zwischen dem preussischen Staat und Ostpreußen unbedingt erhalten bleibe, da sonst die isolierte Provinz Ostpreußen in der Umklammerung des neuen polnischen Staates endgültig verloren ginge.

Ein Ausschuss für die besetzten Gebiete.

Berlin, 13. Juni. Wie von Seite berichtet, soll ein amerikanischer Leutnant, der dem Rheinisch-Westfälischen Ausschuss angeschlossen ist, vor einiger Zeit den Präsidenten Wilson auf die wenig befriedigende Behandlung, die nach seiner Meinung der Eingeborenen-Bevölkerung seitens der Militärbehörden zu werde, aufmerksam gemacht haben. Wilson übermittelte den fraglichen Brief dem Biererrat und verlangte die Entsendung eines interalliierten Ausschusses an Ort und Stelle mit dem Auftrage, einen Verwaltungsplan für die besetzten Gebiete anzufertigen. In dem Ausschuss ist England durch Lord Robert Cecil, Frankreich durch Roucheur vertreten. Der Rest der Bildung des Ausschusses mit etwa 20 Stellen ist von der Genart geknüpft.

Die Kolonialfrage.

Berlin, 13. Juni. Zur Kolonialfrage liegt eine Mitteilung vor, wonach sogar der Gegenwärtige Deutschlands, ihm wenigstens ein Mandat über seine Kolonien im Rahmen des Völkerverbandes zu übergeben, von den Alliierten abgelehnt sein soll. Hierzu erklärt das Reichskolonialamt auf eine Anfrage: Wir möchten vorläufig glauben, daß es sich auch hier nur um einen der bekannten Einschüchterungsversuche handelt, bei dem der hohe Ernst der Lage in Europa noch stark verkannt wird. Wenn nicht bald ein Verständigungsfriede erzielt wird, dann treibt die Entwicklung der Dinge in Europa rasch dem Chaos zu. Wir können deshalb nicht annehmen, daß die Entente die Lage freiwillig noch dadurch verschärfen will, daß sie durch halbschrittige Unnachgiebigkeit in dem Kolonialpunkte, der für sie bei ihrem Völkerverband eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung hat, während er für uns eine Lebensfrage darstellt, einen Vergleich zum Scheitern bringt.

Die Minister der Einzelstaaten nach Weimar berufen.

Berlin, 13. Juni. Laut Polit. Karl. Nachr. sind die führenden Minister der Einzelstaaten telegraphisch nach Weimar berufen und zum Teil bereits eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Antwort der Entente zu beraten.

Adresse Orlando's.

Amsterdam, 13. Juni. Aus Paris wird unterm 13. gemeldet: Der Writte bringt die Meldung, daß Orlando gestern Abend nach Rom abgereist ist. In einem Brief an Wilson, Lloyd George und Clemenceau sagt er: Wie die Zugeständnisse die Lösung der Kolonialfrage, die Wilson billigte, hervorgerufen haben, ordert Italien die strikte Ausführung des Londoner Vertrags. Orlando fährt nach vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Paris zurück. Der Writte schreibt weiter, daß die Adresse Orlando's mit den Debatten zusammenhängt, welche in der italienischen Abgeordnetenkammer über die Richtemöglichkeit der italienischen Forderungen stattfinden werden. Orlando wird in einer geheimen Sitzung des Parlaments über die Fortschritt der Arbeit der Friedensverhandlungen eine Erklärung abgeben.